



Soziales Netz Bayern

Positionierung des Sozialen Netz Bayern:

Was muss die neue bayerische Staatsregierung leisten?



Bayern kann es besser! Zukunftschancen schaffen – Zusammenhalt organisieren

Bayern ist ein starkes Bundesland. Bayern kann jedoch mehr. Bayern kann mehr Zusammenhalt organisieren und mehr Zukunftschancen schaffen. Die vielfältigen, im langjährigen Vergleich steigenden Armutslagen aber auch die schwelenden Alltags- und Zukunftssorgen vieler Menschen in Bayern verlangen nach deutlichen Zeichen und kraftvollem politischen Handeln.

Die Alltags- und Zukunftssorgen beginnen für mittlerweile mehr als 200.000 Menschen in Bayern mit dem Anstellen in den Warteschlangen zur Lebensmittelausgabe der Tafeln. Sie reichen von der Frage, ob ein Krippenplatz vorhanden ist, bis hin zu Erschöpfungszuständen bei der Bewältigung der Aufgabe, zu pflegende Angehörige gut versorgt zu wissen. Hinzu kommen die Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit im bereits stattfindenden Wandel und das Gefühl der Überforderung angesichts der schon laufenden und sich beschleunigenden Umwälzungen und ihrer empfundenen „Zumutungen“.

Bayern kann es besser! Bayern kann die wachsende Armut bekämpfen. Bayern kann Familien mit Kindern und pflegende Angehörige, wie Patient*innen, besser unterstützen. Bayern kann bessere Bildung organisieren. Bayern kann mehr tun, für krisenfeste Arbeitsplätze, für mehr Zukunftsinvestitionen, für eine gerecht gestaltete und mitbestimmte sozialökologische Wende.



Bayern kann die wachsende Armut bekämpfen

Der Slogan „In Bayern lebt es sich einfach besser“ gilt sicherlich für viele, aber bei weitem nicht für alle Menschen im Land. Auch im reichen Bayern gibt es nach wie vor vielfältige Armutslagen. Besonders betroffen von Armut sind Arbeitslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Frauen über 65 Jahren. Stark zugenommen hat im Langzeitvergleich das Armutsrisiko u.a. von Arbeitslosen, von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sowie die Altersarmut. Notwendig ist eine wirkungsvolle Bekämpfung der Armut. Das Soziale Netz Bayern (SNB) wird seit Jahren nicht müde, darauf hinzuweisen. Armut bedeutet nicht nur materielle Not, sie zieht auch eine Fülle weiterer Probleme nach sich: mangelnde soziale Teilhabe, eine gefährdete Gesundheit und schlechtere Bildungschancen. Sie verstärkt eine gespaltene Gesellschaft und gefährdet letztlich unsere Demokratie. Teil dieses Problemkomplexes ist auch die anhaltend hohe prekäre Beschäftigung mit Niedriglöhnen, die zu unsicheren Perspektiven führt.

Das SNB fordert:

- Prekäre Beschäftigung muss zurückgedrängt, gute Arbeit gefördert werden. Hierzu zählt das Entwickeln von Strategien zur Überführung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ebenso, wie die Einführung eines bayerischen Tariftreue- und Vergabegesetz.
- Soziale Leistungen müssen bedarfsgerecht ausgestaltet und niedrighschwellig sowie digital als auch persönlich zugänglich sein. Ob Wohn- oder Bürgergeld – viel zu viele Berechtigte in Bayern nehmen ihre Ansprüche, etwa aus Unwissenheit, gar nicht wahr.
- Programme zum sozialen Wohnungsbau müssen massiv hochgefahren werden und die Bayerische Mieterschutzverordnung muss weitergeführt und ausgebaut werden. Gerade Menschen mit geringem Einkommen erleben untragbare Mietbelastungsquoten, die das ohnehin schmale Budget weiter auffressen.



Bayern kann bessere Bildung

Familien wünschen sich qualitativ hochwertige Bildungsangebote unabhängig von der Herkunft oder der finanziellen Situation der Eltern. Als Basis für ein gesundes Aufwachsen müssen präventive Angebote ausgebaut und finanziell auskömmlich ausgestattet werden. Die Ausgangslage für Bildung ist nicht für alle Kinder gleich und der Zutritt zu „normalen“ Bildungszugängen differenziert sich stark durch Sprachbarrieren und/ oder gesellschaftliche Benachteiligung. Ungleiche Bildungszugänge nach sozialökonomischer Lage müssen von der Politik ausgeglichen werden, indem Bildungschancen für alle durch strukturelle flächendeckende Angebote in Schulen, wie in außerschulischen Bildungs- und Beratungseinrichtungen ausgebaut werden. Inklusion und Integration bedingen das ganzheitliche Verständnis der Bildungsteilhabe und den Schutz von benachteiligten Gruppen. Um möglichst vielen Familien Zugang zu den niederschweligen Angeboten der Familien- und Erwachsenenbildung zu ermöglichen, müssen diese Angebote ausgebaut und finanziell auskömmlich ausgestattet werden.

Ebenso muss der Fokus auf die frühkindliche Bildung weiter verstärkt werden. Qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Angebote in den KiTas spielen eine wesentliche Rolle, um die Chancengleichheit auf eine gute Bildung zu erhöhen. Der Bedarf an Fachpersonal wächst in diesem Bereich exorbitant, gleichzeitig steigen die fachlichen Anforderungen an das Personal. Dem akuten Fachkräftemangel muss hier vehement und umfassend entgegengewirkt werden, auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht noch weiter zu gefährden. Hierbei bedarf es neben dem Fokus auf die finanzielle Attraktivität dieses Berufsfeldes auch die Ausbildungsstrukturen in den Blick zu nehmen. Die Spirale des Fachkräftemangels muss in den KiTas beginnend unterbrochen werden, ohne zu Lasten der Qualitätssicherung in den Einrichtungen zu gehen.

Alle Kinder haben ein Recht auf fachlich fundierte und kontinuierliche Bildung und Betreuung in der Schule. Um allen Kindern dieses festgeschriebene Recht auf Bildung zu erhalten, muss das System Schule massiv und nachhaltig unterstützt und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Dies beginnt bei den Schulgebäuden und Geländen, geht weiter über die Attraktivität des Lehrberufes, bis hin zur Vernetzung mit außerschulischen Angeboten. Schulbildung darf nicht länger von der Herkunft und dem Status des Elternhauses abhängen, sondern muss für alle Kinder, ihren kognitiven Fähigkeiten entsprechend, zugänglich sein. Hier schließt sich der Kreis zur Chancengleichheit, die ALLEN Familien und den in ihnen lebenden Kindern und Jugendlichen seitens der Politik eröffnet werden muss.

Das SNB fordert:

- Angebote der Familien- und Erwachsenenbildung müssen ausgebaut und finanziell auskömmlich ausgestattet werden.
- Die Einführung eines Bildungszeitgesetzes auch in Bayern.
- Bildungszugänge dürfen nicht statusabhängig, sondern müssen nach den individuellen Fähigkeiten für alle Kinder und Jugendliche zugänglich sein.
- Die Qualitätssicherung und der Platzausbau im Rahmen der frühkindlichen Bildung muss gefördert und unterstützt und Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung schnell umgesetzt werden.
- Das System Schule muss nachhaltig und zukunftsfähig weiterentwickelt werden; hierfür muss in Schulgebäude investiert und die Attraktivität des Lehrer*innenberufs verbessert werden.



Bayern kann die Pflege stärken und Barrieren abbauen

Die Pflege ist und bleibt eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Insgesamt gibt es in Bayern fast 580.000 Pflegebedürftige, von denen rund 81 Prozent zu Hause versorgt werden. Um sie kümmern sich mehr als 900.000 Angehörige, die häufig finanziell und gesundheitlich an ihre Grenzen gehen. Unterstützungs- und Pflegeangebote sind in Bayern für die häusliche Pflege aber nicht ausreichend vorhanden und ungleich über die Regionen und Bezirke verteilt. Das Soziale Netz Bayern sieht die Politik in der Pflicht, für bessere Rahmenbedingungen in der Pflege in ganz Bayern zu sorgen – vor allem die kommunale Pflegeinfrastruktur muss ausgebaut werden. Die Probleme werden weiter zunehmen, wenn nicht gegengesteuert wird. Bis 2050 könnten es schon über eine Million Pflegebedürftige in Bayern sein. Für sie und ihre Angehörigen bedarf es einer pflegerischen und finanziellen Unterstützung.

Barrierefreiheit ist Voraussetzung dafür, dass Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft teilhaben können. Doch auch ältere Menschen oder Familien mit Kindern profitieren davon stark. In Bayern gibt es beim barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen, Gebäuden etc. noch großen Nachholbedarf. Obwohl die Staatsregierung 2013 das Ziel ausgegeben hatte, Bayern bis 2023 im öffentlichen Raum und dem ÖPNV komplett barrierefrei zu machen, sind immer noch weniger als 50 Prozent aller Bahnhöfe und Haltestellen in Bayern barrierefrei. Das Soziale Netz Bayern mahnt einen deutlich schnelleren barrierefreien Ausbau in allen Bereichen in ganz Bayern an.

Das SNB fordert:

- Einen flächendeckenden Ausbau der bayerischen Pflegestützpunkte in allen Bezirken.
- Den Aufbau und die Ausweitung von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen, freie Plätze müssen schnell und unkompliziert gefunden werden können.
- Der Entlastungsbetrag in Höhe von 125 Euro pro Monat muss von allen Pflegebedürftigen abgerufen werden können, dazu muss die Staatsregierung die Hürden für Anbieter senken.
- Der Freistaat Bayern muss seiner Verantwortung nachkommen und die Investitionskosten in den Pflegeheimen übernehmen und somit zur Entlastung bei den Eigenanteilen beitragen.
- Barrierefreiheit muss in allen Bereichen zum Standard werden, dazu braucht es Förderprogramme sowie ausreichend Finanzmittel durch den Freistaat – auch für die Kommunen.
- Die Mobilität aller Menschen in Bayern muss durch einen barrierefreien ÖPNV sichergestellt werden, gerade auch auf dem Land.
- Der Freistaat muss sich dafür einsetzen, auch private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit zu verpflichten.
- Die Bayerische Bauordnung muss im Hinblick auf Barrierefreiheit verschärft werden, eine bauaufsichtliche Anordnung dazu muss bei Verstößen erfolgen.
- Die Einrichtung einer unabhängigen bayerischen Fachstelle Barrierefreiheit nach Vorbild der Bundesfachstelle Barrierefreiheit



Bayern kann die ökologische Wende sozial und mitbestimmt gestalten:

Eine weitere soziale Spaltung der Gesellschaft muss verhindert werden. Klimapolitik und Sozialpolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, vielmehr müssen sie verbunden werden. Der sozialökologische Wandel wird nur dann gelingen, wenn er von der Bevölkerung mitgetragen, wenn er sozial gerecht gestaltet wird und alle Menschen mitgenommen werden. Dies trifft auf die Arbeitswelt ebenso zu, wie auf das persönliche Lebensumfeld.

Der Klimawandel trifft insbesondere sozioökonomisch und gesundheitlich benachteiligte Menschen besonders. Oft leben sie in prekären Lebens- und Wohnverhältnissen und können sich gegenüber den Folgen des Klimawandels weniger schützen als Personen in gut situierten und wirtschaftlich abgesicherten Verhältnissen. Auf der anderen Seite kostet der sozialökologische Umbau viel Geld und fordert zurzeit insbesondere sozioökonomisch benachteiligte Menschen, z.B. in den Bereichen Wohnen, Energie und Mobilität, stärker als Wohlhabende. Die Politik in Bayern muss an dieser Stelle für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt werben und dafür Sorge tragen, dass Menschen nicht noch mehr von ihren Teilhabemöglichkeiten ausgeschlossen werden.

Auch in der Arbeitswelt sorgt der sozialökologische Wandel für große Umbrüche und beeinflusst auf diesem Wege die materielle Basis der Menschen in Bayern, die hervorstechendsten Beispiele sind die Transformation der Fahrzeughersteller und deren Zulieferer aber auch der chemischen Industrie. Es gilt diese Wende mitbestimmt zu gestalten. Damit Zukunftschancen wahrgenommen werden und Zusammenhalt unterstützt wird, bedarf es größerer Anstrengungen die laufenden und bevorstehenden Prozesse des Wandels gemeinsam mit den Menschen in ihrem Lebensumfeld – ob beruflich oder privat – zu gestalten. Bayern braucht ein Jahrzehnt des Dialogs und der Mitbestimmung.

Das SNB fordert:

- Formate des Dialogs, der Beteiligung und Mitbestimmung sind angesichts der historischen Herausforderung der sozialökologischen Wende zu entwickeln, zu stärken sowie finanziell zu hinterlegen.
- Um sozialen Spaltungen entgegenzuwirken, bedarf es stärkerer Unterstützung einkommensschwacher Haushalte. Dies betrifft den Ausbau von Beratungsangeboten ebenso, wie konkrete Programme zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen oder der Sicherstellung von bezahlbarer und verfügbarer Mobilität.
- Kürzungen im Sozialbereich darf es nicht geben. Damit Beratungsangebote weiter vorgehalten werden können, bedarf es auch für gemeinnützige soziale Einrichtungen bessere Unterstützungs- und Finanzierungsmöglichkeiten für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen.